GESETZBLATT

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

1965

Ausgegeben, Stuttgart, Donnerstag, 13. Mai 1965

Nr. 7

Tag	Inhalt:	Seite
16. 3. 65	Bekanntmachung der Ministerien zur Änderung der Bekanntmachung über die Vertretung des Landes in gerichtlichen Verfahren und förmlichen Verfahren vor den Verwaltungsbehörden	79
8. 3. 65	Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten zur Änderung der Vollzugsverordnung zur Butterverordnung	79
19. 3. 65	Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten über die Ausübung der Fischerei im Bodensee	80
1. 4. 65	Verordnung des Kultusministeriums über die Elternbeiräte, Gesamtelternbeiräte, den Landeselternbeirat sowie die Klassen-, Fachgruppen-, Abteilungs- und Schulpflegschaften an öffentlichen Schulen	80
13. 4. 65	Verordnung des Kultusministeriums über die Änderung und Ergänzung des Verzeichnisses der Verwaltungsgebühren (Gebührenverzeichnis)	87
17. 3. 65	Verordnung des Regierungspräsidiums Südbaden über das Naturschutzgebiet „Alter Weiher“ auf Gemarkung Hänner, Landkreis Säckingen	88
8. 4. 65	Verordnung des Regierungspräsidiums Nordbaden über das Landschaftsschutzgebiet Odenwald I, Landkreis Heidelberg und Centwald, Gemarkung Lützelsachsen, Landkreis Mannheim	88
	Verkündungen im Staatsanzeiger	90
	Berichtigung	90

Bekanntmachung der Ministerien zur Änderung der Bekanntmachung über die Vertretung des Landes in gerichtlichen Verfahren und förmlichen Verfahren vor den Verwaltungsbehörden

Vom 16. März 1965

1. Aufgrund von § 1 Abs. 2 Satz 1 der Anordnung der Landesregierung über die Vertretung des Landes in gerichtlichen Verfahren und förmlichen Verfahren vor den Verwaltungsbehörden vom 17. Januar 1955 (Ges. Bl. S. 8) wird Abschnitt I Nr. 1 der Bekanntmachung der Ministerien über die Vertretung des Landes in gerichtlichen Verfahren vor den Verwaltungsbehörden vom 17. Januar 1955 (Ges. Bl. S. 9) in der Fassung der Bekanntmachung des Innenministeriums vom 13. Oktober 1961 (Ges. Bl. S. 344) folgender Absatz angefügt:

„Als Bedarfsträger gemäß §§ 7 und 80 des Bundesleistungsgesetzes in der Fassung vom 27. September 1961 (BGBl. I S. 1770) in Verbindung mit §§ 6 und 7 der Rechtsverordnung über Anforderungsbehörden und Bedarfsträger nach dem Bundesleistungsgesetz vom 1. Oktober 1961 (BGBl. I S. 1786) wird das Land durch die sachlich

und örtlich zuständigen Behörden und Dienststellen vertreten.“

2. Diese Bekanntmachung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Stuttgart, den 16. März 1965

Kiesinger Dr. Filbinger Dr. Hahn
Dr. Wolfgang Haußmann Dr. Hermann Müller
Dr. Leuze Leibfried Schüttler

Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten zur Änderung der Vollzugsverordnung zur Butterverordnung

Vom 8. März 1965

Auf Grund der §§ 37 und 52 Abs. 2 des Milchgesetzes vom 31. Juli 1930 (RGBl. I S. 421), zuletzt geändert durch das Bundes-Seuchengesetz vom 18. Juli 1961 (BGBl. I S. 1012), und des § 23 der Butterverordnung vom 2. Juni 1951 (BAnz. Nr. 110), zuletzt geändert durch die Verordnung zur Änderung der Butterverordnung vom 26. Oktober 1964 (BAnz.

Nr. 203), wird im Einvernehmen mit dem Innenministerium verordnet:

Artikel 1

§ 8 erhält folgende Fassung:

„§ 8

(Zu § 14 Abs. 5 BV)

Das Ausformen von molkereimäßig hergestellter Deutscher Landbutter wird gestattet, soweit diese Butter an Milchlieferer zurückgeliefert oder an Verbraucher im Einzugsgebiet der herstellenden Molkerei abgegeben wird; bei Molkereien, die ihren Betriebssitz in den Landkreisen Wangen, Tettngang, Ravensburg oder Biberach haben, gilt als Einzugsgebiet das Gesamtgebiet dieser Kreise.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Stuttgart, den 8. März 1965

Leibfried

**Verordnung des Ministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft, Weinbau und Forsten über die
Ausübung der Fischerei im Bodensee**

Vom 19. März 1965

Auf Grund des Art. 9 des badischen Gesetzes die Ausübung und den Schutz der Fischerei betreffend vom 3. März 1870 (GVBl. S. 225) und der Art. 6 und 7 des württembergischen Gesetzes über die Fischerei vom 27. November 1865 (Reg. Bl. S. 499) in der Fassung des Gesetzes vom 7. Juni 1885 (Reg. Bl. S. 227) wird für die Ausübung der Fischerei im Bodensee (Obersee einschließlich des Überlinger Sees) verordnet:

Art. 1

Art. 1 Abs. 3 der Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten über die Ausübung der Fischerei im Bodensee vom 14. April 1964 (Ges. Bl. S. 233) gilt auch für das Jahr 1965.

Art. 2

Die Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Blaufelchenfischerei im Bodensee vom 17. April 1957 (Ges. Bl. S. 52) in der Fassung der Verordnungen vom 14. November 1957 (Ges. Bl. S. 142), 16. Mai 1959 (Ges. Bl. S. 50), 30. März 1961 (Ges. Bl. S. 134), 7. Mai 1962 (Ges. Bl. S. 35), 4. April 1963 (Ges. Bl. S. 44) und 14. April 1964 (Ges. Bl. S. 233) wird wie folgt geändert:

1. § 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11

(1) Die Fischerei im hohen See mit Schwebnetzen jeder Art darf nur ausgeübt werden, wenn

- a) deren Maschenweite mindestens 44 mm beträgt und
- b) diese an beiden Enden der Oberähre mit dem vorgeschriebenen Kontrollzeichen (Plombe) versehen sind.

(2) Die Kontrollzeichen (Abs. 1 Buchstabe b) werden von den Fischereiaufsichtsorganen nach besonderer Weisung an den Netzen angebracht. Sie sind von den Netzen zu entfernen, wenn eine Nachkontrolle ergibt, daß die Voraussetzung des Abs. 1 Buchstabe a) nicht oder nicht mehr erfüllt ist.

(3) Netze, die für den Fischfang verwendet werden, dürfen nach ihrer Plombierung keiner Behandlung unterzogen werden, welche geeignet ist, die Maschenweite zu verringern.“

2. § 12 erhält folgende Fassung:

„§ 12

(1) Im Betrieb des Inhabers eines Hochseefischereipatents dürfen gleichzeitig nicht mehr als sechs hohe Schwebnetze verwendet werden; einem hohen Netz stehen drei niedere Netze gleich.

(2) Hohe Schwebnetze dürfen die Höhe von 7 m, niedere Netze die Höhe von 2 m und beide Netzarten die Länge von 120 m nicht übersteigen.

(3) In der Zeit vom 1. Juni bis 30. September dürfen die Fischer höchstens die für den Fischfang zulässige Zahl von Netzen im Boot mitführen.“

Art. 3

Diese Verordnung tritt am 1. April 1965 in Kraft.

Stuttgart, den 19. März 1965

Leibfried

**Verordnung des Kultusministeriums
über die Elternbeiräte, Gesamtelternbeiräte, den
Landeselternbeirat sowie die Klassen-, Fach-
gruppen-, Abteilungs- und Schulpflegschaften
an öffentlichen Schulen**

Vom 1. April 1965

Auf Grund von § 40 Abs. 1 des Gesetzes zur Vereinheitlichung und Ordnung des Schulwesens (SchVOG) vom 5. Mai 1964 (Ges. Bl. S. 235) wird verordnet:

I. Gemeinsame Bestimmungen

§ 1

(1) Eltern im Sinne dieser Verordnung sind die leiblichen Eltern, denen die Sorge für die Person des Schülers zusteht.

(2) Den Eltern werden gleichgestellt

- a) die sonstigen Erziehungsberechtigten, denen die Sorge für die Person des Schülers zusteht,
- b) die Personen, denen die Erziehungsberechtigten die Erziehung des Schülers außerhalb der Schule anvertraut haben.

§ 2

(1) Das Amt eines Elternvertreters erlischt vor Ablauf der Amtszeit mit dem Verlust der Wählbarkeit für dieses Amt.

(2) Ein Elternvertreter kann aus seinem Amt vor Ablauf seiner Amtszeit nur dadurch abberufen werden, daß von der Mehrheit der Wahlberechtigten ein Nachfolger für den Rest der laufenden Amtszeit gewählt wird. Die Wahlberechtigten müssen zur Wahl eines Nachfolgers eingeladen werden, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten schriftlich darum nachsucht. Für die Einladung gilt § 3 Abs. 2 mit der Maßgabe, daß der betreffende Amtsinhaber als verhindert gilt.

§ 3

(1) Elternvertreter, deren Amtszeit abgelaufen ist, versehen ihr Amt bis zur Neuwahl geschäftsführend auch dann weiter, wenn sie nicht mehr wählbar sind. Die Wiederwahl ist zulässig, solange die Wählbarkeit besteht.

(2) Der geschäftsführende Amtsinhaber lädt die Wahlberechtigten zur Neuwahl ein und bereitet die Wahl vor. Ist kein geschäftsführender Amtsinhaber vorhanden oder ist er verhindert, so sorgt dafür sein Stellvertreter. Die Geschäfts- oder Wahlordnung kann abweichende Bestimmungen treffen; sie hat für den Fall, daß kein Stellvertreter vorhanden oder daß auch dieser verhindert ist, Vorsorge zu treffen. In neugebildeten Klassen, Fachgruppen oder Abteilungen lädt der Klassenlehrer oder ein anderer vom Schulleiter bestimmter Lehrer zur ersten Wahl ein und bereitet sie vor, wenn in der Wahl- oder Geschäftsordnung keine andere Bestimmung getroffen ist.

(3) Die Einladungsfrist für Wahlen beträgt mindestens 1 Woche.

§ 4

Gewählt ist, wer die meisten gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, sofern nicht die Wahl- oder Geschäftsordnung etwas anderes bestimmt.

§ 5

(1) Eine Wahl kann nicht deshalb angefochten werden, weil sie nach dem Zeitpunkt durchgeführt wurde, der jeweils

in dieser Rechtsverordnung als spätester Wahltermin festgesetzt ist.

(2) Jede Wahl kann nach Ablauf des Tages erfolgen, der jeweils in dieser Rechtsverordnung für die vorausgehende Wahl der Wahlberechtigten als spätester Wahltermin festgesetzt ist; dies gilt auch dann, wenn noch nicht alle Wahlberechtigten gewählt sind.

§ 6

(1) Die Schulen, Schulaufsichtsbehörden, Schulträger oder sonstigen Behörden sind nicht berechtigt, den Elternvertretungen Weisungen zu erteilen.

(2) Die Arbeit der Elternvertretungen findet ihre Grenze in den Rechten und Aufgaben der Lehrer, Schulleiter, Schulaufsichtsbehörden und Schulträger. Die Elternvertretungen sind nicht berechtigt, Schülern, Lehrern, Schulleitern, Schulaufsichtsbehörden oder Bediensteten der Schulträger Weisungen zu erteilen oder Untersuchungen gegen sie wegen ihres Verhaltens zu führen.

II. Klassenpflegschaft und Schulpflegschaft

§ 7

(1) Die Klassenpflegschaft (§ 35 Abs. 1 und 2 SchVOG) dient der Pflege enger Verbindung zwischen Eltern und Lehrern der Klasse. Sie hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit von Eltern und Lehrern zu fördern.

(2) Der Klassenpflegschaft obliegt es insbesondere,

- a) sich darum zu bemühen, daß Eltern und Lehrer Anregungen und Erfahrungen austauschen und sich gegenseitig beraten und unterrichten;
- b) besondere Belange der Klasse wahrzunehmen;
- c) die Schule bei Vorbereitung und Durchführung von Schulausflügen, Schullandheimaufenthalten und ähnlichen Veranstaltungen zu unterstützen.

(3) Im Rahmen der Arbeit der Klassenpflegschaft halten die Lehrer Elternsprechstunden ab, deren Ziel es ist, die einzelnen Eltern persönlich zu hören und zu beraten.

§ 8

(1) Mitglieder der Klassenpflegschaft sind die Eltern der Schüler der Klasse sowie alle Lehrer, die in der Klasse regelmäßig Unterricht erteilen.

(2) Der Schulleiter und der Vorsitzende des Elternbeirats sowie ihre Stellvertreter sind berechtigt, an den Sitzungen der Klassenpflegschaft teilzunehmen. Der Vorsitzende der Klassenpflegschaft kann im Einvernehmen mit dem Klassenlehrer weitere Personen ohne Stimmrecht zu Sitzungen zuziehen.

(3) Die Sitzungen der Klassenpflegschaft sind nicht öffentlich. Soweit die Klassenpflegschaft Beschlüsse faßt, hat jedes Mitglied auch dann, wenn ihm die Sorge für mehrere Schüler der Klasse zusteht, eine Stimme. Eine Übertragung des Stimmrechts ist nicht möglich. Eine Abstimmung im Wege der schriftlichen Umfrage ist nicht zulässig.

§ 9

(1) Der Vorsitzende der Klassenpflegschaft lädt zu den Sitzungen der Klassenpflegschaft ein, bereitet sie vor und leitet sie. Er stimmt Zeitpunkt, Ort und Tagesordnung der Sitzung mit dem Klassenlehrer ab. Für die Einladung zur Sitzung kann er sich der Hilfe der Schule bedienen. Die Einladungsfrist soll mindestens 1 Woche betragen.

(2) Der Vorsitzende hat die Mitglieder der Klassenpflegschaft binnen zweier Wochen zu einer Sitzung einzuladen, wenn der Schulleiter oder die Eltern von mehr als einem Viertel der Schüler der Klasse darum nachsuchen.

§ 10

(1) Der Schulpflegschaft (§ 35 Abs. 1, 3 bis 6 SchVOG) obliegt es, das gemeinsame Verantwortungsbewußtsein aller Glieder der Schulgemeinde für Aufgabe und Bedeutung der Schule zu festigen.

- (2) Die Schulpflegschaft hat insbesondere die Aufgabe,
- a) die gemeinsame Bildungs- und Erziehungsarbeit der Schule und des Elternhauses zu fördern und zu erleichtern;
 - b) das Verständnis der Öffentlichkeit für die Arbeit der Schule und ihre besonderen Bedürfnisse zu gewinnen;
 - c) schwerwiegenden Störungen eines geordneten Schulbetriebs entgegenzuwirken;
 - d) die Bemühungen um eine Verbesserung der äußeren Schulverhältnisse zu unterstützen.

§ 11

(1) Mitglieder der Schulpflegschaft und stimmberechtigt sind die Klassenelternvertreter, der Schulleiter sowie die Lehrer, die an der Schule regelmäßig Unterricht erteilen.

(2) Die Stellvertreter der Klassenelternvertreter können an den Sitzungen der Schulpflegschaft mit beratender Stimme, im Falle der Verhinderung des Klassenelternvertreters mit Stimmrecht teilnehmen. Sie sind stimmberechtigte Mitglieder der Schulpflegschaft an Schulen mit weniger als 6 Klassen.

(3) Der Schulträger ist berechtigt, zu den Sitzungen der Schulpflegschaft einen Vertreter ohne Stimmrecht zu entsenden. Im übrigen findet § 8 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 entsprechende Anwendung.

§ 12

(1) Für die Vorbereitung und Leitung der Sitzungen der Schulpflegschaft und für die Einladung hierzu gilt § 9 Abs. 1 entsprechend.

(2) Der Vorsitzende hat die Mitglieder der Schulpflegschaft binnen zweier Wochen zu einer Sitzung einzuladen, wenn der Schulleiter darum nachsucht. Das gleiche gilt, wenn der Elternbeirat oder die Lehrerkonferenz durch Mehrheitsbeschluß darum nachsucht.

§ 13

Die Schulpflegschaft kann für die Klassenpflegschaften und für die Schulpflegschaft eine Geschäftsordnung erlassen. Die Geschäftsordnung kann insbesondere das Nähere regeln über

- a) die Form und die Frist für die Einladungen – dabei kann bestimmt werden, daß die Einladung der Eltern über die Schüler erfolgen kann –;
- b) das Verfahren bei Abstimmungen, insbesondere darüber, ob geheim abzustimmen ist;
- c) die Wahl des Schriftführers.

III. Klassenelternvertreter und Elternbeirat

§ 14

(1) Die vertrauensvolle Zusammenarbeit und die gemeinsame Verantwortung der Eltern und der Schule für die Erziehung und Bildung der Schüler bestimmt die Tätigkeit des Elternbeirats (§ 36 SchVOG).

(2) Im Rahmen seiner Aufgaben obliegt es dem Elternbeirat insbesondere,

- a) die Anteilnahme der Eltern am Leben und an der Arbeit der Schule zu fördern;
- b) Wünsche und Anregungen aus Elternkreisen, die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind, zu beraten und an die Schule weiterzuleiten;
- c) das Verständnis der Erziehungsberechtigten für Fragen des Schullebens und der Unterrichtsgestaltung sowie der Erziehungsberatung zu fördern;
- d) für die Belange der Schule beim Schulträger, bei der Schulaufsichtsbehörde und in der Öffentlichkeit einzutreten, soweit die Mitverantwortung der Eltern es verlangt;
- e) an der Beseitigung von Störungen der Schularbeit durch Mängel der äußeren Schulverhältnisse mitzuwirken;
- f) bei Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendschutzes und der Freizeitgestaltung, soweit sie das Leben der Schule betreffen, mitzuwirken;
- g) die Schule beim Erlaß von Schulordnungen im Rahmen der allgemeinen Schulordnungen zu beraten;

- h) Maßnahmen, die eine Erweiterung oder Einschränkung der Schule oder eine wesentliche Änderung ihres Lehrbetriebs bewirken, zu beraten; dazu gehört auch die Änderung des Schultyps, die Teilung einer Schule oder ihre Zusammenlegung mit einer anderen Schule sowie die Übertragung der Eigenschaft und Aufgabe einer Versuchsschule.

§ 15

Die Amtszeit der Mitglieder des Elternbeirats und ihrer Stellvertreter dauert unbeschadet der Vorschrift des § 3 Abs. 1 bis zum Ende des Schuljahres, in dem sie gewählt wurden.

§ 16

(1) Die Wahl des Klassenelternvertreters und seines Stellvertreters (§ 36 Abs. 2 Satz 1 SchVOG) findet nach Ablauf der Amtszeit des bisherigen Klassenelternvertreters, spätestens aber bis zum 1. Juni jedes Jahres statt. Für die Stimmabgabe gilt § 8 Abs. 3 Satz 2 und 3 entsprechend.

(2) Wählbar als Klassenelternvertreter sind die Eltern jedes Schülers der Klasse, sofern sie nicht regelmäßig Unterricht an der Schule erteilen. Niemand kann zum Klassenelternvertreter für mehrere Klassen derselben Schule gewählt werden.

(3) Über Einsprüche gegen die Wahl entscheidet der Elternbeirat der Schule.

(4) Der Elternbeirat erläßt eine Wahlordnung. Diese regelt insbesondere das Nähere über

- a) die Form und die Frist für die Einladungen – dabei kann bestimmt werden, daß die Einladung über die Schüler erfolgen kann –;
- b) eine Neuwahl für den Fall, daß der Klassenelternvertreter und sein Stellvertreter vor Ablauf ihrer Amtszeit aus ihren Ämtern ausscheiden;
- c) das Wahlverfahren, insbesondere darüber, ob geheim abzustimmen und ob Briefwahl zulässig ist;
- d) das Verfahren für Einsprüche gegen die Wahl.

§ 17

(1) Die Wahl des Vorsitzenden des Elternbeirats und seines Stellvertreters (§ 36 Abs. 3 Satz 1 SchVOG) findet nach der Neuwahl der einzelnen Klassenelternvertreter und Stellvertreter, spätestens aber bis zum 20. Juni jedes Jahres statt. Eine Übertragung des Stimmrechts ist nicht möglich.

(2) Bei Einklassenschulen gilt der Klassenelternvertreter als Vorsitzender und sein Stellvertreter als stellvertretender Vorsitzender des Elternbeirats.

(3) Niemand kann zum Vorsitzenden des Elternbeirats für mehrere von demselben Schulträger gemeinsam mit dem Land getragene Schulen gewählt werden.

§ 18

(1) Die Stellvertreter der Klassenelternvertreter können an den Sitzungen des Elternbeirats mit beratender Stimme, im Falle der Verhinderung des Klassenelternvertreters mit Stimmrecht teilnehmen.

(2) Der Schulleiter und im Falle seiner Verhinderung sein ständiger Vertreter soll an einer Sitzung des Elternbeirats, zu der er mindestens eine Woche vor der Sitzung unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen wurde, teilnehmen.

(3) Der Elternbeirat kann weitere Personen ohne Stimmrecht zu Sitzungen zuziehen.

§ 19

Der Elternbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung. Diese regelt insbesondere das Nähere über

- a) das Verfahren bei der Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters;
- b) die Form und die Frist für die Einladungen – dabei kann bestimmt werden, daß die Einladung über die Schüler erfolgen kann –;
- c) eine Neuwahl für den Fall, daß der Vorsitzende und sein Stellvertreter vor Ablauf der Amtszeit aus ihren Ämtern ausscheiden;
- d) das Verfahren bei Abstimmungen, insbesondere darüber, ob geheim abzustimmen und ob eine Abstimmung im Wege der schriftlichen Umfrage zulässig ist;
- e) die Voraussetzungen, unter denen der Vorsitzende verpflichtet ist, den Elternbeirat einzuberufen;
- f) die Beschlußfähigkeit des Elternbeirats.

IV. Gesamtelternbeirat

§ 20

Dem Gesamtelternbeirat (§ 36 Abs. 4 SchVOG) obliegt es im Rahmen seiner Aufgaben insbesondere, die Fragen zu beraten, die alle Eltern im Bereich der öffentlichen von dem Schulträger gemeinsam mit dem Land getragenen Schulen berühren,

zum Verständnis der Eltern für die Entwicklung des örtlichen Schulwesens sowie für Fragen der Erziehungsberatung beizutragen,

Anregungen und Wünsche einzelner Schulelternbeiräte, soweit sie von allgemeiner Bedeutung sind, zu unterstützen und erforderlichenfalls Vorschläge, Anregungen und Empfehlungen an den Schulträger und an die Schulaufsichtsbehörde zu richten.

§ 21

(1) Die Mitglieder des Gesamtelternbeirats wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Mitglieder, die regelmäßig Unterricht an einer Schule erteilen,

für die der Gesamtelternbeirat zuständig ist, sind nicht wählbar. Eine Übertragung des Stimmrechts ist nicht möglich.

(2) Die Wahl findet nach der Neuwahl der Vorsitzenden der einzelnen Elternbeiräte, spätestens aber bis zum 20. Juli jedes Jahres statt.

(3) Im übrigen finden die §§ 15 und 18 Abs. 1 und 3 entsprechende Anwendung.

§ 22

Der Gesamtelternbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung. Diese regelt insbesondere das Nähere über

- a) das Verfahren bei der Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter sowie der Vertreter der Eltern im Schulbeirat (§ 29 Abs. 1 Nr. 4 SchVOG);
- b) die Form und die Frist für die Einladungen – dabei kann bestimmt werden, daß die Einladung über die Schulen erfolgen kann –;
- c) eine Neuwahl für den Fall, daß der Vorsitzende und sein Stellvertreter vor Ablauf ihrer Amtszeit aus ihren Ämtern ausscheiden;
- d) das Verfahren bei Abstimmungen, insbesondere darüber, ob geheim abzustimmen und ob eine Abstimmung im Wege der schriftlichen Umfrage zulässig ist;
- e) die Voraussetzungen, unter denen der Vorsitzende verpflichtet ist, den Gesamtelternbeirat einzuberufen;
- f) die Beschlußfähigkeit des Gesamtelternbeirats.

V. Sondervorschriften

1. Klassen-, Fachgruppen-, Abteilungs- und Schulpflegschaften an Berufsschulen, Berufsfachschulen und Berufsschulen

§ 23

Auf die Klassen-, Fachgruppen-, Abteilungs- und Schulpflegschaften an den Berufs-, Berufsfach- und Berufsschulen (§ 37 SchVOG) finden die §§ 7–13 entsprechende Anwendung, soweit sich nicht aus den §§ 24–28 etwas anderes ergibt.

§ 24

(1) Fachgruppen- oder Abteilungspflegschaften anstelle von Klassenpflegschaften und Schulpflegschaften werden durch Beschluß der Lehrerkonferenz der Schule gebildet. Der Beschluß hat sich danach zu richten, in welcher Weise am besten und zweckmäßigsten die Eltern, die für die Berufserziehung Mitverantwortlichen und die Schule zur Erfüllung der gemeinsamen Aufgaben zusammenwirken können. Der Beschluß der Lehrerkonferenz ist durch Aushang in der Schule bekanntzumachen und den Eltern sowie den für die Berufserziehung Mitverantwortlichen spätestens zusammen mit der ersten Einladung nach dem Beschluß mitzuteilen.

(2) Die Bildung von Fachgruppenpflegschaften wird sich in der Regel empfehlen insbesondere an Berufsschulen, in denen alle Schüler einer der innerhalb der Schule gebildeten Fachgruppen angehören. Sie kommt nicht in Betracht für Berufsfachschulen und Berufsoberschulen oder Teile von Schulen, die diesen Schularten angehören.

(3) Die Bildung von Schulpflegschaften erscheint in der Regel nicht als angezeigt bei Berufsschulen mit mehr als 15 Schulstellen sowie an Schulen, die mehreren Schularten oder -typen angehören. Sie sind in der Regel zu bilden an Schulen, die nur der Schulart der Berufsfachschule oder der Berufsoberschule angehören.

§ 25

(1) An Berufsschulen und an Teilen von Schulen, die der Schulart der Berufsschule angehören, sind die für die Berufserziehung der Schüler Mitverantwortlichen Mitglieder der betreffenden Klassen-, Fachgruppen-, Abteilungs- oder Schulpflegschaften.

2) Mitglieder gemäß Abs. 1 sind

- a) die Lehrherren, Dienstherren und Leiter von Betrieben oder deren Bevollmächtigte;
- b) je ein von der örtlich und sachlich zuständigen Handwerkskammer oder Industrie- und Handelskammer berufener Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter; sind sowohl eine Handwerkskammer als auch eine Industrie- und Handelskammer zuständig, so können beide Kammern je einen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter berufen. Diese Vertreter sollen die Voraussetzungen gemäß lit. a) erfüllen und dem Berufsausbildungsausschuß einer Kammer oder einer Innung angehören. Sie müssen mit den besonderen Aufgaben der Berufsausbildung vertraut sein.

(3) Die Mitgliedschaft in der Klassen-, Fachgruppen-, Abteilungs- oder Schulpflegschaft endet für einen gemäß Abs. 2a) für die Berufserziehung Mitverantwortlichen mit der Beendigung des Lehr-, des sonstigen Ausbildungs- oder des Arbeitsverhältnisses zwischen ihm und dem Schüler.

§ 26

(1) Die Mitglieder der Fachgruppen- oder Abteilungspflegschaft wählen aus ihrer Mitte zum Vorsitzenden einen Vertreter der Eltern, zum stellvertretenden Vorsitzenden einen Lehrer der Schule.

(2) Unbeschadet der Vorschriften der §§ 9 Abs. 2 und 12 Abs. 2 ist die Klassen-, Fachgruppen-, Abteilungs- oder Schulpflegschaft auch dann einzuberufen, wenn ein Viertel der für die Berufserziehung Mitverantwortlichen darum nachsucht.

§ 27

Die Geschäftsordnung regelt auch das Nähere über die Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden der Fachgruppen- und Abteilungspflegschaft. Sie kann für den Fall, daß eine Schulpflegschaft nicht besteht, von der betreffenden Fachgruppen- oder Abteilungspflegschaft erlassen werden.

2. Sonderschulen und Heimschulen

§ 28

Für die Bildung von Elternbeiräten sowie Klassen- und Schulpflegschaften an Sonderschulen und Heimschulen gelten die §§ 7-19 und 23-27 sinngemäß.

VI. Landeselternbeirat

§ 29

(1) Der Landeselternbeirat (§ 36 Abs. 5 SchVOG) besteht aus 32 gewählten Mitgliedern, und zwar aus jeweils einem Vertreter für

- die Grundschule
- die Hauptschule
- die Mittelschule
- das Gymnasium
- die Berufsschule
- die Berufsfachschule
- die Berufsoberschule und
- die Sonderschule

aus jedem Regierungsbezirk.

(2) Wählbar sind die Eltern jedes Schülers, der zur Zeit der Wahl eine im Lande bestehende öffentliche Schule besucht, die der Schulart angehört, die der Gewählte im Landeselternbeirat vertreten soll. Niemand kann zum Vertreter für mehrere Schularten gewählt werden.

(3) Die Amtszeit dauert 3 Jahre. Sie beginnt am 1. November des Jahres, in dem die Wahl stattfindet.

(4) Abweichend von § 2 Abs. 1 erlischt das Amt der Mitglieder des Landeselternbeirats nicht mit dem Verlust der Wählbarkeit. Scheidet ein Mitglied des Landeselternbeirats vorzeitig aus seinem Amt aus, so findet keine Nachwahl statt.

§ 30

Der Landeselternbeirat berät das Kultusministerium insbesondere bei der Gestaltung und Ordnung des Schulwesens, beim Erlass allgemeiner Schulordnungen, Bestimmungen oder Richtlinien, die für das Schulwesen von allgemeiner Bedeutung sind, sowie bei Maßnahmen, die der Linderung von Notständen im Erziehungs- und Bildungswesen zu dienen bestimmt sind.

§ 31

(1) Die Mitglieder des Landeselternbeirats werden in den einzelnen Regierungsbezirken von Wahlausschüssen gewählt. Dabei werden jeweils für die Wahl der Vertreter für die Grundschule und für die Hauptschule ein gemeinsamer Wahlausschuß und für die Wahl der Vertreter für die übrigen Schularten eigene Wahlausschüsse gebildet.

(2) Dem Wahlausschuß für die Wahl der Vertreter für die Grundschule und für die Hauptschule gehören je ein Vertreter für die Grundschule und für die Hauptschule aus jedem Stadt- und Landkreis des Regierungsbezirks an. Diese Vertreter werden jeweils von den Vorsitzenden der Elternbeiräte aller Grundschulen und Hauptschulen im Gebiet des Stadt- oder Landkreises gewählt.

(3) Dem Wahlausschuß für die Wahl des Vertreters für die Berufsschule gehören an

- a) die Vorsitzenden der Elternbeiräte der selbständigen gewerblichen, kaufmännischen oder hauswirtschaftlichen Berufsschulen und der einheitlichen Berufsschulen mit einer gewerblichen, kaufmännischen oder hauswirtschaftlichen Abteilung im Gebiet des Regierungsbezirks und
- b) je ein Vertreter für die landwirtschaftlichen Berufsschulen aus jedem Stadt- und Landkreis.

Der unter lit. b) genannte Vertreter wird jeweils von den Vorsitzenden der Elternbeiräte der selbständigen landwirtschaftlichen Berufsschulen und der einheitlichen Berufsschulen mit einer landwirtschaftlichen Abteilung im Gebiet des Stadt- oder Landkreises gewählt.

(4) Den Wahlausschüssen für die Wahl der Vertreter für die Mittelschule, für das Gymnasium, für die Berufsfachschule, für die Berufsoberschule und für die Sonderschule gehören jeweils die Vorsitzenden der Elternbeiräte der Schulen im Gebiet des Regierungsbezirks an, die der betreffenden Schulart angehören.

(5) Der Vorsitzende des Elternbeirats einer Schule, die mehreren Schularten angehört, ist für alle diese Schularten bei den Wahlen nach Abs. 2-4 wahlberechtigt.

§ 32

(1) Die Wahl der Mitglieder der Wahlausschüsse gemäß § 31 Abs. 2 und 3b) findet in dem Schuljahr statt, in dem die Amtszeit des bestehenden Landeselternbeirats abläuft, und zwar nach der Neuwahl der Vorsitzenden der Elternbeiräte im Gebiet des Stadt- und Landkreises, denen jeweils die Wahl obliegt, spätestens aber bis zum 20. September des Jahres.

(2) Die Wahl der Mitglieder des Landeselternbeirats findet nach der Wahl der Mitglieder des Wahlausschusses statt, dem jeweils die Wahl obliegt, spätestens aber bis zum 20. Oktober

des Jahres, in dem die Amtszeit des bestehenden Landeselternbeirats abläuft.

(3) Für die Wählbarkeit der Mitglieder der Wahlausschüsse gemäß § 31 Abs. 2 und 3b) gilt § 29 Abs. 2 entsprechend. Eine Übertragung des Stimmrechts für die Wahl dieser Mitglieder der Wahlausschüsse und der Mitglieder des Landeselternbeirats ist nicht möglich.

(4) Der Landeselternbeirat sorgt für die rechtzeitige Wahl der Mitglieder der Wahlausschüsse gemäß § 31 Abs. 2 und 3b) und der Mitglieder des Landeselternbeirats sowie für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen. Er entscheidet auch über Einsprüche gegen diese Wahlen.

§ 33

Das Nähere über

- a) die Form und die Frist für die Einladungen,
 - b) die Wahlverfahren,
 - c) das Verfahren für Einsprüche gegen die Wahlen
- ist in der vom Landeselternbeirat zu erlassenden Wahlordnung zu regeln. Darin können die Obliegenheiten des Landeselternbeirats gemäß § 32 Abs. 4 einzelnen Mitgliedern oder Ausschüssen des Landeselternbeirats übertragen werden.

§ 34

(1) Die Mitglieder des Landeselternbeirats wählen innerhalb von 2 Monaten nach Beginn ihrer Amtszeit aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen oder mehrere Stellvertreter. Eine Übertragung des Stimmrechts ist nicht möglich.

(2) Der Landeselternbeirat kann Ausschüsse bilden.

§ 35

Der Landeselternbeirat gibt sich eine Geschäftsordnung. Diese regelt insbesondere das Nähere über

- a) das Verfahren bei der Wahl des Vorsitzenden, des Stellvertreters und der Vertreter der Eltern im Landesschulbeirat (§ 38 Abs. 2 SchVOG);
- b) die Form und die Frist für die Einladungen;
- c) eine Neuwahl für den Fall, daß der Vorsitzende und seine Stellvertreter vor Ablauf ihrer Amtszeit aus ihren Ämtern ausscheiden;
- d) das Verfahren bei Abstimmungen, insbesondere darüber, ob geheim abzustimmen und ob eine Abstimmung im Wege der schriftlichen Umfrage zulässig ist;
- e) die Voraussetzungen, unter denen der Vorsitzende verpflichtet ist, den Landeselternbeirat einzuberufen;
- f) die Beschlußfähigkeit des Landeselternbeirats.

VII. Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 36

Für die erstmaligen Wahlen nach dieser Verordnung gelten die Vorschriften der §§ 37–43.

§ 37

(1) Zur Wahl des Klassenelternvertreters lädt der Klassenlehrer, zur Wahl des Elternbeiratsvorsitzenden der Schulleiter ein.

(2) Ist ein amtierender Klassenelternvertreter oder Elternbeiratsvorsitzender vorhanden, so leitet dieser die Wahl; andernfalls wird damit ein anderer Wahlberechtigter von den anwesenden Wahlberechtigten betraut.

(3) Die Wahl ist geheim durchzuführen, wenn dies mindestens ein Drittel der anwesenden Wahlberechtigten verlangt. Eine Übertragung des Stimmrechts und Briefwahl sind nicht zulässig.

§ 38

(1) Wird anstelle einer Klassenpflegschaft eine Fachgruppen- oder Abteilungspflegschaft gebildet (§ 24), so lädt der Schulleiter oder der von diesem beauftragte Lehrer zur Wahl des Vorsitzenden ein. Die Wahl findet innerhalb von 6 Monaten nach Beginn des Schuljahres statt, die Einladungsfrist beträgt mindestens 3 Wochen.

(2) Der Schulleiter oder der von diesem beauftragte Lehrer leitet die Wahl. Im übrigen findet § 37 Abs. 3 entsprechende Anwendung.

§ 39

(1) Zur Wahl des Vorsitzenden des Gesamtelternbeirats lädt der ranghöchste, bei gleichgestellten der dienstälteste Leiter der Schulen ein, deren Elternbeiratsvorsitzende den Gesamtelternbeirat bilden. Ist für alle diese Schulen ein Geschäftsführender oder Erster Schulleiter bestellt, so trifft ihn diese Obliegenheit.

(2) Bestand schon bisher für alle die Schulen, deren Elternbeiratsvorsitzende den Gesamtelternbeirat bilden, ein Gesamtelternbeirat und ist ein amtierender Vorsitzender vorhanden, so leitet dieser die Wahl; andernfalls wird damit ein anderes Mitglied des Gesamtelternbeirats von den anwesenden Mitgliedern betraut.

(3) Im übrigen findet § 37 Abs. 3 entsprechende Anwendung.

§ 40

Solange für landwirtschaftliche Berufsschulen kein Schulleiter bestellt ist, gilt als Schulleiter im Sinne dieser Rechtsverordnung der Fachberater.

§ 41

(1) Zur Wahl der Mitglieder des Wahlausschusses gemäß § 31 Abs. 2 lädt das vom zuständigen Oberschulamt bestimmte Staatliche Schulamt, zur Wahl der Mitglieder des Wahlausschusses gemäß § 31 Abs. 3b) lädt der vom zuständigen Oberschulamt bestimmte Fachberater ein.

(2) Die Einladungsfrist beträgt mindestens 3 Wochen. Die Einladung erfolgt durch ein Wahlausschreiben; dieses muß enthalten

- a) Tag, Ort und Zweck der Wahl,
- b) den Hinweis, daß Vorschläge eingereicht werden können,
- c) die Voraussetzungen für die Wählbarkeit der Mitglieder des Wahlausschusses.

(3) Die anwesenden Wahlberechtigten wählen unter der Leitung der für die Einladung zuständigen Dienststelle aus ihrer Mitte einen Wahlleiter. Der Wahlleiter ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl und insbesondere dafür verantwortlich, daß die Bestimmungen über die Wählbarkeit eingehalten werden. Er kann einen Wahlberechtigten zum Schriftführer bestellen. Im übrigen findet § 37 Abs. 3 entsprechende Anwendung.

(4) Der Wahlleiter teilt die Namen und Anschriften der Gewählten unverzüglich nach Abschluß der Wahl dem zuständigen Oberschulamts mit.

§ 42

(1) Zur Wahl der Mitglieder des Landeselternbeirats lädt das Oberschulamts die Mitglieder der Wahlausschüsse ein. § 41 Abs. 2 und 3 findet entsprechende Anwendung.

(2) Der Wahlleiter teilt die Namen und Anschriften der Gewählten nach Abschluß der Wahl unverzüglich dem Kultusministerium mit.

§ 43

Zur Wahl des Vorsitzenden des Landeselternbeirats lädt das Kultusministerium die Mitglieder des Landeselternbeirats ein. § 41 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung. Die Wahl wird von dem Mitglied des Landeselternbeirats geleitet, das damit von den anwesenden Mitgliedern betraut wird. Im übrigen findet § 37 Abs. 3 entsprechende Anwendung.

§ 44

(1) Der Landeselternbeirat ist erstmalig im Schuljahr 1965/66 zu bilden.

(2) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten alle Vorschriften, die dieser Verordnung entsprechen oder widersprechen, außer Kraft, insbesondere Teil II der Bekanntmachung des Kultusministeriums vom 20. Januar 1953 – Amtsblatt S. 79 – in der zur Zeit geltenden Fassung.

Stuttgart, den 1. April 1965

Dr. Hahn

Verordnung des Kultusministeriums über die Änderung und Ergänzung des Verzeichnisses der Verwaltungsgebühren (Gebührenverzeichnis)

Vom 13. April 1965

Auf Grund des § 2 Abs. 2 Satz 2 des Landesgebührengesetzes vom 21. März 1961 (Ges. Bl. S. 59) wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium verordnet:

§ 1

Das Gebührenverzeichnis in der Fassung der Bekanntmachung des Finanzministeriums vom 17. November 1964 (Ges. Bl. S. 341) erhält bei Nr. 62, Unternummer 2 – B Kultusverwaltung – bei nachstehenden Ziffern folgende Fassung:

Nr.	Unter-Nr.	Gegenstand	Gebühr DM
62	2	B. Kultusverwaltung	
		Dienstprüfungen	
		Volks-, Mittel- und Sonderschulen	
		10/1. Prüfung für Fachlehrer an Volks-, Mittel- und Sonderschulen	
		a) mit Lehrbefähigung in 2 Fächern	80
		b) mit Lehrbefähigung in 1 Fach	40
		c) Wiederholungsprüfung für jedes Fach	30
		Ingenieurschulen, Höhere Fachschulen, Pädagogische Hochschulen, Berufspädagogische Hochschule, Hauswirtschaftliche Seminare, Staatliche Hochschulen für Musik und Staatliche Akademien der bildenden Künste	
		69. Süddeutsches Bibliothekar-Lehrinstitut Stuttgart	
		Abschlußprüfung	80

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Stuttgart, den 13. April 1965

Dr. Hahn

**Verordnung des Regierungspräsidiums Südbaden
über das Naturschutzgebiet „Alter Weiher“ auf
Gemarkung Hänner, Landkreis Säckingen**

Vom 17. März 1965

Auf Grund der §§ 1, 4, 15 und 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 8. Juni 1959 (Ges. Bl. S. 53) sowie auf Grund des § 10 dieses Gesetzes in Verbindung mit den §§ 3 und 4 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes und des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung des Reichsnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 17. Oktober 1962 (Ges. Bl. S. 203) wird mit Zustimmung des Kultusministeriums folgendes verordnet:

§ 1

Die in § 2 Abs. 1 näher bezeichneten Grundstücke auf Gemarkung Hänner, Landkreis Säckingen, werden mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Naturschutzbuch eingetragen und als Naturschutzgebiet unter den Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes gestellt.

§ 2

(1) Das Schutzgebiet hat eine Größe von 3,8362 ha und umfaßt die Grundstücke Lgb.Nr. 1123 bis 1128 und 1136/1 der Gemarkung Hänner.

(2) Die Grenzen des Schutzgebiets sind in eine Karte 1:25000 und einen Katasterplan 1:5000 rot eingetragen. Die Karten sind beim Regierungspräsidium Südbaden in Freiburg niedergelegt. Weitere Ausfertigungen dieser Karten befinden sich beim Kultusministerium Baden-Württemberg in Stuttgart, bei der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege in Freiburg sowie beim Landratsamt in Säckingen.

§ 3

(1) Im Schutzgebiet dürfen, unbeschadet der in § 4 genannten Ausnahmen, keine Veränderungen vorgenommen werden.

(2) Insbesondere ist verboten:

- a) Pflanzen zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzuschneiden oder abzureißen,
- b) freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten oder Puppen, Larven, Eier oder Nester und sonstige Brut- und Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen, unbeschadet berechtigter Abwehrmaßnahmen gegen Kulturschädlinge oder sonstige lästige oder blutsaugende Insekten,

- c) Pflanzen oder Tiere einzubringen,
- d) zu zelten, zu lagern oder Campingplätze anzulegen, Feuer anzumachen, Abfälle wegzuwerfen oder das Gelände auf andere Weise zu beeinträchtigen,
- e) Bodenbestandteile abzubauen, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen, Schutt, Müll oder Unrat abzulagern oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern oder zu beschädigen,
- f) Quellen und Wasserläufe zu verändern oder trocken zu legen, Entwässerungsgräben zu ziehen oder sonstige Maßnahmen zu treffen, die wasserwirtschaftliche Folgen haben können,
- g) Bild- oder Schrifttafeln anzubringen, die nicht ausschließlich auf den Schutz des Gebiets hinweisen,
- h) Bauwerke jeder Art zu errichten, Straßen oder Wege anzulegen, Drahtleitungen zu verlegen oder bestehende Anlagen dieser Art zu verändern.

§ 4

(1) Die Nutzung ist im Einvernehmen mit der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege in Freiburg zu regeln.

(2) Unberührt bleibt die rechtmäßige Ausübung der Jagd.

§ 5

In besonderen Fällen können vom Regierungspräsidium Südbaden Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 bewilligt werden.

§ 6

Zu widerhandlungen gegen die Schutzbestimmungen dieser Verordnung werden nach den §§ 21 und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes bestraft oder nach § 13 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung des Reichsnaturschutzgesetzes mit Geldbuße geahndet.

§ 7

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Gesetzblatt für Baden-Württemberg in Kraft.

Freiburg i. Br., den 17. März 1965

Dichtel

**Verordnung des Regierungspräsidiums Nordbaden
über das Landschaftsschutzgebiet Odenwald I,
Landkreis Heidelberg und Centwald,
Gemarkung Lützelsachsen, Landkreis Mannheim**

Vom 8. April 1965

Aufgrund der §§ 5 und 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) i. d. F. des 2. Änderungsgesetzes vom 1. Dezember 1936 (RGBl. I S. 1001) sowie des § 7

der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes und des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung des Reichsnaturschutzgesetzes i. d. F. der Bekanntmachung vom 17. Oktober 1962 (Ges. Bl. S. 203) wird folgendes verordnet:

1. Geschütztes Gebiet

§ 1

(1) Gebietsteile des Odenwalds bestehend aus Teilen der Gemarkungen der Gemeinden Altenbach, Lampenhain (mit den Ortsteilen Bärsbach, Hilsenhain, Vorderheubach und Hinterheubach), Heiligkreuzsteinach (mit dem Ortsteil Eiterbach), Heddesbach, Brombach, Wilhelmsfeld, Altneudorf, Schönau und Ziegelhausen im Landkreis Heidelberg sowie die Exklave Centwald der Gemeinde Lützelachsen im Landkreis Mannheim werden in dem Umfange, der sich aus Absatz 2 ergibt, als Landschaftsschutzgebiet dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

(2) Die Grenze des Landschaftsschutzgebietes folgt im Norden, Osten und Süden der Landesgrenze zwischen Baden-Württemberg und Hessen, beginnend an dem Punkt, wo die Landkreisgrenze zwischen den Landkreisen Heidelberg und Mannheim auf die Landesgrenze stößt (Grenzstein Nr. 189 bzw. 1) und endend an dem Punkt, wo die Grenze zwischen den Gemeinden Schönau und Neckargemünd auf die genannte Landesgrenze trifft (Grenzstein Nr. 351 bzw. 37). Von hier verläuft die Landschaftsschutzgrenze in westlicher Richtung entlang der Grenze zwischen den Gemeinden Schönau und Neckargemünd bis zu dem Punkt (Grenzstein Nr. 362 bzw. 26), an dem die Gemeindegrenzen Schönau, Neckargemünd und Ziegelhausen zusammenstoßen. Von da an folgt sie in nördlicher Richtung der Gemeindegrenze Ziegelhausen-Schönau bis zum Zusammentreffen mit der Grenze zwischen den Landkreisen Heidelberg und Mannheim, mit Ausnahme der kurzen Strecke zwischen den Grundsteinen Nr. 17 und 3, wo die Landschaftsschutzgrenze dem sog. „Geigersheidsattelweg“ entlang zieht. Im weiteren Verlauf folgt sie dann der genannten Landkreisgrenze bis zu dem Ausgangspunkt (Grenzstein Nr. 189 bzw. 1). Die Landschaftsschutzgrenze der Exklave Centwald deckt sich mit der Grenze dieses Gemeindeteils. Ausgenommen vom Landschaftsschutz sind die bebauten Ortsteile und die für die Ortserweiterung vorgesehenen Gebiete der in Absatz 1 Satz 1 genannten Gemeinden nach Maßgabe der Landschaftsschutzkarte. Die genauen Grenzen des Schutzgebietes sind in der Landschaftsschutzkarte, bestehend aus einer Übersichtskarte im Maßstab 1:50000 und 28 Einzelblättern im Maßstab 1:5000 eingetragen. Die Landschaftsschutzgebiete sind innerhalb der auf den Karten schwarz eingezeichneten Landschaftsschutz-

grenzen grün kenntlich gemacht. Die genannten Karten sind Bestandteile dieser Verordnung.

(3) Die Landschaftsschutzkarte ist beim Regierungspräsidium Nordbaden verwahrt. Bei den Landratsämtern Heidelberg und Mannheim befinden sich Mehrfertigungen hiervon. Bei den Bürgermeisterämtern der in Absatz 1 Satz 1 genannten Gemeinden liegen außerdem Mehrfertigungen der Einzelblätter für die betreffende Gemarkung.

2. Schutzvorschriften

§ 2

Im geschützten Gebiet ist es verboten, Veränderungen vorzunehmen, die die Landschaft verunstalten oder die Natur schädigen oder den Naturgenuß beeinträchtigen.

§ 3

(1) Der Erlaubnis des Regierungspräsidiums Nordbaden bedarf, wer Maßnahmen durchführen will, die geeignet sind, eine der in § 2 genannten Wirkungen hervorzurufen.

- (2) Der Erlaubnis bedarf insbesondere, wer beabsichtigt,
- a) Bauten aller Art, auch wenn sie einer baurechtlichen Genehmigung nicht bedürfen,
 - b) Stützmauern, Zäune und andere Einfriedigungen,
 - c) Drahtleitungen zu errichten oder zu ändern,
 - d) Steine, Lehm, Sand, Kies oder andere Erdbestandteile abzubauen oder die bisherige Bodengestaltung in irgend welcher Weise zu ändern,
 - e) Wege, Parkplätze, Zeltplätze und Badeplätze anzulegen,
 - f) Abfälle, Müll und Schutt abzulagern,
 - g) Tümpel und Teiche zuzuschütten oder auf andere Weise zu beseitigen.

(3) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die beabsichtigte Maßnahme nicht gegen das Verbot des § 2 verstößt. Sie ist mit entsprechenden Auflagen und Bedingungen zu erteilen, wenn durch diese ein Verstoß der Maßnahme gegen das Verbot des § 2 abgewendet werden kann. In den übrigen Fällen ist sie zu versagen.

3. Ausnahmegesetze

a) Land- und Forstwirtschaft

§ 4

(1) Die §§ 2 und 3 finden keine Anwendung auf Maßnahmen, die nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung erforderlich sind und das Landschaftsbild möglichst schonen.

(2) Veränderungen der Nutzungsart, die nach den Regeln einer ordnungsmäßigen Wirtschaft zur land- und forstwirtschaft-

schaftlichen Nutzung erforderlich sind, sind dem Regierungspräsidium über das zuständige Landratsamt schriftlich anzuzeigen und dürfen erst vorgenommen werden, wenn das Regierungspräsidium die Veränderung nicht binnen 6 Wochen seit der Anzeige untersagt hat. Das Regierungspräsidium ist befugt, die Veränderung zu untersagen, wenn sie eine der in § 2 genannten Wirkungen hätte. Die Untersagung ist aufzuheben, wenn nachgewiesen wird, daß die Veränderung für die Fortführung des Betriebs unerlässlich ist.

(3) Nutzungsart im Sinne des Absatzes 2 ist die Nutzung eines Grundstücks als Ackerland, als Obstwiese, als Weide, als Weinberg oder als Wald.

(4) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung auf Bauwerke, die einer baurechtlichen Genehmigung bedürfen.

b) Sonstige Ausnahmen

§ 5

Die §§ 2 und 3 finden keine Anwendung auf

- a) das Aufstellen von Schildern, die auf den Landschaftsschutz hinweisen, Verbotstafeln und Verkehrszeichen,
- b) die rechtmäßige Ausübung der Jagd und der Fischerei ohne Errichtung von Jagdhütten.

§ 6

(1) In besonderen Fällen kann das Regierungspräsidium Ausnahmen von § 2 zulassen.

(2) Die Ausnahme kann an Bedingungen und Auflagen gebunden werden.

4. Schlußvorschriften

§ 7

Beim Inkrafttreten dieser Verordnung bereits vorhandene Veranstaltungen der Landschaft sind auf Verlangen des Regierungspräsidiums ganz oder teilweise zu beseitigen, wenn dies den Betroffenen zuzumuten und ohne größere Aufwendungen möglich ist. Behördlich genehmigte Anlagen werden hierdurch nicht berührt.

§ 8

Verstöße gegen die Vorschriften dieser Verordnung werden nach § 21 Abs. 3 und § 22 Reichsnaturschutzgesetz bestraft

oder nach § 13 des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 8. Juni 1959 (Ges.Bl. S. 53) mit Geldbuße geahndet.

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 8. April 1965

In Vertretung
Dr. Kühn

Verkündungen im Staatsanzeiger

Gemäß § 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 1. März 1954 (Ges.Bl. S. 27) in der Fassung vom 18. November 1957 (Ges.Bl. S. 139) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 1 der ersten Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Polizeigesetzes vom 27. März 1956 (Ges.Bl. S. 79) wird auf die folgenden im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg verkündeten Polizeiverordnungen hingewiesen:

Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Staatsanzeiger vom	Tag des Inkrafttretens
Polizeiverordnung des Innenministeriums über die Polizeistunde am 1. Mai 1965. Vom 11. März 1965	23 24.3.1965	24.3.1965
Polizeiverordnung des Regierungspräsidiums Nordbaden zum Schutze gegen die Hühnertuberkulose in der Gemeinde Klepsau des Landkreises Buchen und in den Gemeinden Trienz, Alfeld, Sulzbach und Neunkirchen des Landkreises Mosbach. Vom 30. März 1965	32 24.4.1965	25.4.1965

Berichtigung

In der Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich vom 8. März 1965 (Ges.Bl. S. 49) muß die Überschrift der geänderten Fassung des Gesetzes wie folgt lauten:

Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1965 (FAG 1965).